

FAZ

23.03.2015

Griechenland am Zuge

von Dr. Michael Heise

Griechenland hat weitere Finanzhilfen der EU in Aussicht gestellt bekommen, um die soziale Not im Lande zu mindern. Ein Zeichen der Solidarität. Nun ist aber die griechische Regierung am Zug. Sie hat bislang so gut wie alle Ziele verfehlt, für die sie sich vor den Wahlen verbürgt hatte. Die wirtschaftliche Erholung des Jahres 2014 ist gestoppt und die aufkeimenden Hoffnungen auf wirtschaftliche Besserung sind erloschen. Der öffentliche Haushalt ist wieder tiefer ins Defizit gerutscht, die Steuereinnahmen sinken und die Menschen ziehen Ersparnisse von griechischen Banken ab. Die wiederholten Forderungen nach einem Schuldenschnitt haben den Zugang des Landes zum Kapitalmarkt wieder versperrt. Welcher Investor wird angesichts solcher Debatten griechische Anleihen zeichnen? Noch im vergangenen Jahr war das anders, es wurden sogar zehnjährige griechische Staatsanleihen zu akzeptablen Zinsen platziert.

Wenn die griechische Regierung nichts gegen diese Entwicklungen unternimmt, wird sich die soziale Situation in Griechenland weiter verschlechtern und das Land an den Rand des wirtschaftlichen Kollapses führen. Dabei stehen viele Reformabsichten der neuen Regierung durchaus in Übereinstimmung mit den Erwartungen der Gläubiger: wirksamere Besteuerung der Erträge großer Vermögen, Bekämpfung von Vetternwirtschaft und Korruption sowie Reformen des Rechtswesens, das solche Vergehen bislang kaum ahndet und die Einrichtung von Katasterämtern. Über solche Reformen wird seit Jahren gesprochen, geschehen ist wenig. Die neue Regierung hätte die Macht und die Möglichkeiten, die nötigen Änderungen anzugehen. Man stelle sich die positiven Signalwirkungen für die Gläubiger des Landes und vor allem für die Griechen selbst vor, wenn endlich konkrete Schritte in diese Richtung gemacht würden. Langfristig wäre es eine Systemveränderung, die das Land aufblühen ließe.

In der Finanzpolitik möchte Griechenland die Sozialausgaben und die öffentliche Beschäftigung erhöhen und auf Privatisierungserlöse verzichten. Die Finanzierung solcher Pläne kann sie aber nicht einfach dem Steuerzahler im Ausland überlassen. Neue Schulden am Kapitalmarkt sind nicht möglich und selbst der geforderte erneute Schuldenerlass brächte wenig, da die Kredite der europäischen Ländern ohnehin für viele Jahre weitgehend zins- und tilgungsfrei sind. Zusätzliches Geld ist nur zu beschaffen, wenn Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum geschaffen werden und Steuerforderungen eingetrieben werden. Wenn solche Schritte unterbleiben und der Sinn einer soliden Haushaltspolitik grundsätzlich in Frage gestellt wird, werden die Gläubiger des Landes nicht bereit sein, weitere Kredittranchen zu zahlen oder gar neue Kreditprogramme aufzulegen.

Griechenland muss eine Richtungsentscheidung treffen: Entweder die Mitgliedschaft in der Eurozone beenden und den Menschen damit noch viel drastischere Einbußen und Härten zumuten oder die Systemreformen anpacken, die für die Modernisierung des Landes erforderlich sind, und ohne die weitere Finanzhilfen der Partnerländer keinen Sinn machen. Trotz aller Rhetorik dürfte die Regierung den zweiten Weg wählen.